



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

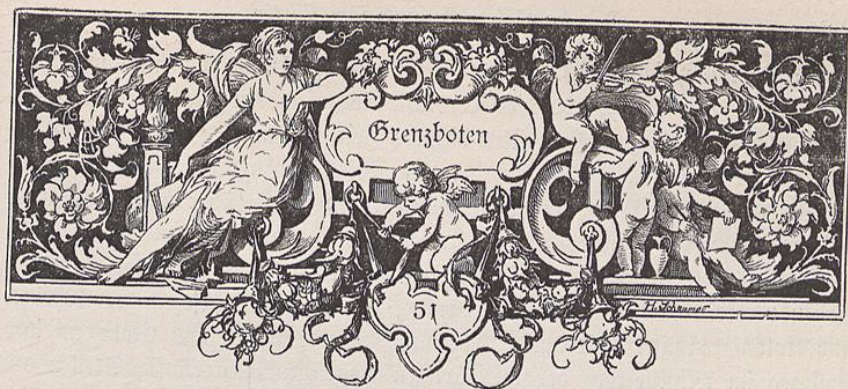
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das französische Gelbbuch über Tonkin.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das französische Gelbbuch über Tonkin.



Das französische Gelbbuch über die Tonkinfrage ist seit einigen Tagen erschienen, und damit haben wir authentische Mitteilungen über den ganzen Verlauf der Angelegenheit. Die Dokumente beginnen mit dem vielbesprochenen politischen Vertrage, der am 15. März 1874 zwischen Frankreich und Annam abgeschlossen wurde, und gegen den China als suzeräne Macht nicht ohne Grund Einspruch erhob, da es im zweiten Artikel desselben heißt: „Seine Excellenz der Präsident der französischen Republik erkennt die Souveränität des Königs von Annam und dessen gänzliche Unabhängigkeit von jeder fremden Macht an, verspricht ihm Hilfe und Beistand und übernimmt es, ihm auf sein Ansuchen und ohne Entschädigung die nötige Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in seinen Staaten zu gewähren, ihn gegen jeden Angriff zu verteidigen und der Piraterie ein Ende zu machen, welche einen Teil der Küsten des Königreichs verwüstet.“ An demselben Tage mit dem politischen Vertrage wurde auch ein kommerzieller abgeschlossen, den das Gelbbuch gleichfalls mitteilt. Dann folgt eine lange Korrespondenz französischer Minister des Auswärtigen vom Herzog Décazes an, der es doppelt eilig mit der freien Schifffahrt auf dem Roten Strome hat, als die Engländer sich im Juli 1875 bemühen, die reiche chinesische Provinz Sunnan auf dem Wege durch Birma dem Handel zu erschließen. Im Mai 1877 berichtet der französische Gesandte in Peking, daß dort Abgeordnete aus Annam mit Tribut eingetroffen sind. Derselbe Diplomat macht in einer Depesche vom 26. März 1878 die Bemerkung, es sei sonderbar, daß Tuduk sich nicht mehr König, sondern Kaiser nenne und von Frankreich als Souverän behandelt werde, da er in Peking nur als Fürst zweiten Ranges gelte, weil er 1849 von China die Investitur erhalten und niemals dagegen protestirt habe. Admiral Saureguiberry

Grenzboten IV 1883.

rät in einer Depesche an Waddington im Oktober 1879 zu einem wirklichen Protektorat über Tonkin, da dies der beste Weg sei, den unaufhörlichen Verwicklungen ein Ziel zu setzen. Um dieselbe Zeit erscheint Le Myre de Vilers, Gouverneur von Kochinchina, auf der Bühne, um anzuzeigen, daß eine annamitische Gesandtschaft auf der Reise nach Paris sei, um über wichtige Fragen zu verhandeln, die zwischen Tonkin und Frankreich schwebten.

Daß die Chinesen ihre oberherrlichen Rechte in Tonkin niemals aus den Augen verloren haben, ergibt sich daraus, daß in den Depeschen der Marine- und Kolonialminister Fourichon, Bothuau, Saureguiberry und Cloue an ihre Kollegen im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten häufig Stellen der Peking-*Zeitung* zitiert werden, die sich auf jene Rechte beziehen und sie energisch wahren. Natürlich bringt das Gelbbuch auch die ganze Korrespondenz mit Bourée, dem frühern Gesandten Frankreichs in China, und es geht aus derselben hervor, daß man zu einer gewissen Zeit einer Verständigung sehr nahe war, daß aber Challemel-Lacour die Beendigung des Streites verhinderte.

Von besonderm Interesse sind die neuesten Stücke der Sammlung. Die Rede, die Ferry am 31. Oktober d. J. in der Deputirtenkammer gehalten hatte, lenkte natürlich die Aufmerksamkeit der chinesischen Regierung auf sich. Die Verlesung des Tricouschen Telegramms seitens des französischen Premiers erregte großen Anstoß, und wir sehen, daß Marquis Tseng unterm 5. November aus London über die Sache an ihn geschrieben hat. Ferry benachrichtigte den Marquis am 17., daß die im Becken des Roten Stromes stehenden französischen Truppen Befehl erhalten hätten, sich der Städte Songtai, Honghoa und Baknin zu bemächtigen, und ersuchte ihn, dies seiner Regierung zu melden und ihr zu empfehlen, den Befehlshaber der chinesischen Truppen in dieser Gegend anzuweisen, daß er in Gemeinschaft mit dem französischen General eine Demarkationslinie zwischen den beiderseitigen Stellungen ziehe. Der Marquis Tseng hatte diese Mitteilung noch nicht erhalten, als er an demselben Tage an Ferry schrieb, um ihn zu benachrichtigen, daß seine Regierung kraft ihres Rechts als suzeräne Macht vor einiger Zeit Truppen nach Tonkin gesandt habe, wie das schon wiederholt geschehen sei. Am 19. November bemerkte hierauf Ferry in einem Briefe dem chinesischen Gesandten, daß im Hinblick auf die Mitteilung, die sein Schreiben vom 5. gekreuzt habe, sein Vorschlag einer Demarkationslinie als das sicherste Mittel erscheine, einen Zusammenstoß der französischen Streitkräfte mit den chinesischen zu vermeiden. An dem nämlichen Tage übersandte Tseng dem französischen Premier die Abschrift eines Telegramms, welches er aus Peking empfangen hatte, und welches den Text einer vom Tsong Li Samen an den Geschäftsträger Frankreichs in China gerichteten Depesche enthielt. Dieses Aktenstück, eine ausführliche Rechtfertigung der Ansprüche Chinas auf die Oberherrlichkeit über das Königreich Annam, ist bereits veröffentlicht worden. Auf diese Mitteilung antwortete Ferry am 22. November, indem er bemerkte, daß die meisten Einwürfe

der Denkschrift des Tsong Li Tamen bereits in früheren Depeschen widerlegt worden seien, und dann erklärte, daß Frankreichs Haltung zu allen Zeiten höchst versöhnlich gewesen sei, und daß er nicht verstehen könne, warum China, wenn es wirklich den Frieden wolle, nicht die letzten Vorschläge seiner Regierung angenommen habe. Zwei Tage später sagte Tsong in Beantwortung des Ferryschen Briefes vom 17., wenn dessen Erklärung in der Kammer der chinesischen Regierung schmerzlich gewesen, so habe sie dieselbe auch aufgeklärt. „Wir haben, so schreibt er, Frankreich, das einst so stolz darauf war, kleine Länder zu schützen, wie es scheint, als bereit zu betrachten, sich des Besitzes des Fürsten zu bemächtigen, den es zu beschützen vorgiebt.“

Wieder zwei Tage später, am 26. November, richtete der chinesische Gesandte an Ferry eine sehr wichtige Mitteilung, die folgendermaßen lautete: „Herr Minister, indem ich mich zum Empfange Ihrer Mitteilung vom 19. d. M. bekenne und meine Depesche vom 24. ergänze, habe ich die Ehre, Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß die kaiserliche Regierung sehr glücklich sein würde, wenn es zu einer Verständigung mit der französischen Regierung käme, die jeden Zusammenstoß zwischen den französischen und den chinesischen Streitkräften in Tonkin verhinderte. Da aber der in Ihrem Schreiben vom 17. d. M. enthaltene Vorschlag sich auf die Einwohner der Städte Songtai, Honghoa und Baknin bezieht, d. h. auf Orte, welche jetzt von den kaiserlichen Truppen besetzt sind, die Befehl erhalten haben, sie zu verteidigen, so bedauert die kaiserliche Regierung, sich nicht imstande zu sehen, in Ihrem Vorschlage eine Maßregel zu finden, mit der sich den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage in Tonkin begegnen ließe. Indem ich denselben Zweck im Auge hatte, der Ew. Excellenz Ihren freundschaftlichen Vorschlag zu machen bewog, schlug ich Ihrem Vorgänger in einer Besprechung, die ich am 1. August mit ihm hatte, vor, man möge eine Demarkationslinie zwischen den bei Songtai und bei Hanoi sowie in den Städten auf dem rechten und linken Ufer des Roten Stromes stehenden Armeen ziehen. Ich erneuere jetzt diesen Vorschlag, und indem ich mich der großen internationalen Interessen erinnere, die unzweifelhaft berührt werden würden, wenn es zu einem Zusammenstoße zwischen den Truppen unsrer beiden Länder käme, hoffe ich zuversichtlich, Ew. Excellenz werden die Güte haben, meinem Vorschlage reifliche Erwägung angedeihen zu lassen.“

Auf diesen Brief erteilte Ferry unterm 30. November folgende Antwort, von der wir nur einige unwesentliche Sätze weglassen: „In Ihren Briefen vom 24. und 26. hatten Sie die Güte, einige Bemerkungen über meine Mitteilungen vom 17. und 19. desselben Monats zu machen. Ihre Aufmerksamkeit lenkte sich vor allem auf den unsern Truppen erteilten Befehl, gegen Songtai, Honghoa und Baknin zu marschieren, deren Besetzung für unumgänglich angesehen wird. In Verbindung mit dieser Thatsache weisen Sie auf eine Stelle in der von mir am 31. Oktober in der Deputirtenkammer gehaltenen Rede hin, in welcher

ich auf »den Besitz von Tonkin« als auf das Ziel hinwies, dem die Bemühungen meiner Vorgänger gegolten hätten. Sie fragen, ob diese Erklärungen nicht eine Wendung unsrer Politik bezeichnen, und ob es nicht unmöglich ist, sie mit der Versicherung in Einklang zu bringen, die 1881 Herr Barthélemy Saint Hilaire abgab, daß »die Regierung der Republik in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages von 1874 zu handeln beabsichtigt und die Verpflichtungen erfüllen will, zu welchen er führt.« In Betreff dieses Punktes freut es mich, jedes Mißverständnis beseitigen zu können. Unsrer Absichten haben sich in den letztverfloffenen drei Jahren nicht geändert, und unsre Politik hat nicht aufgehört, den Grundsätzen zu folgen, welche die Basis des französisch-annamitischen Vertrages von 1874 bilden. . . Die Ereignisse, die sich seit dieser Zeit begeben haben, der Widerstand, dem wir begegneten, und der Kampf, den wir noch jetzt zu bestehen haben, haben unsern Entschluß nicht geändert. Noch heute wie vor drei Jahren denken wir an keine Eroberung. Unsrer einzige Absicht geht dahin, uns durch Aufrichtung einer Schutzherrschaft, wie sie uns der Vertrag von 1874 zugesteht, die freie Schifffahrt auf dem Songkoi und die zur Entwicklung kommerzieller Beziehungen in Tonkin erforderliche Ruhe zu sichern. . . . Unser aufrichtiger Wunsch, jeder Möglichkeit eines Konflikts aus dem Wege zu gehen, solange die Aufgabe vorliegt, das von uns ins Auge gefaßte Resultat zu erreichen, veranlaßte mich, der kaiserlichen Regierung den Vorschlag zu machen, man solle die beiderseitigen Befehlshaber zur Ziehung einer Demarkationslinie zwischen ihren Stellungen veranlassen. Da Sie diese Eröffnungen nicht für vereinbar mit dem damaligen Stande der Dinge in Tonkin erachteten, so wiederholten Sie einen Vorschlag, den Sie am 1. August meinem Vorgänger machten, und der dahin ging, die besagte Demarkationslinie solle zwischen den in Hanoi und in Songtai sowie in den Städten auf dem rechten und linken Ufer des Roten Stromes stehenden Armeen gezogen werden. Gestatten Sie mir, Sie daran zu erinnern, daß Sie bei derselben Zusammenkunft am 1. August erklärten, es befänden sich keine chinesischen Truppen in Tonkin, und falls deren in der That dort wären, so könnten sie nur in den Bezirken stehen, die an der ungenau abgesteckten Grenze zwischen den beiden Ländern liegen. Es konnte sich damals also nicht um eine Demarkationslinie handeln, die, zwischen Hanoi und Songtai gezogen, weiterhin dem Laufe des Roten Flusses folgen sollte. Herr Challemel-Lacour bemerkte ferner bei einer zweiten Zusammenkunft am 2. August, daß keine Gefahr eines Zusammenstoßes vorzuliegen scheine, da unser Expeditionskorps nicht bis nach dem nördlichen Teile von Tonkin vorrücken solle, daß das Resultat aber ein andres sein würde, wenn man die chinesischen Truppen näher bei den Festungen aufstellen wollte, die wir anzugreifen beabsichtigen, da sie sich dann der Gefahr aussetzen würden, als Verbündete der Annamiten behandelt zu werden. Seit jener Zeit hat sich die Lage, was uns betrifft, nicht verändert; denn unsre Pläne haben keine

andre Gestalt angenommen und konnten keine andre annehmen. Deshalb kann uns keine Verantwortlichkeit treffen, wenn es zu einem Konflikte zwischen den beiden Ländern kommen sollte. Wir hoffen, daß ein solcher nicht eintreten wird, und daß die chinesischen Truppen, welche nicht genötigt waren, die Positionen, die sie im August innehatten, zu verlassen, uns erlauben werden, das Werk der Herstellung friedlicher Zustände auszuführen, welches wir im Interesse aller zu betreiben entschlossen sind.“

In diesem Briefe fordert also Ferry die chinesische Regierung auf, ihre Truppen aus der Stellung bei Songtai, Honghoa und Baknin zurückzuziehen. Die Antwort des Tsong Li Samen auf dieses Verlangen ist in Paris noch nicht eingetroffen. Mittlerweile haben die Verhandlungen zwischen Frankreich und China seit dem Beginn des Dezember ein etwas erfreulicheres Aussehen angenommen, d. h. der Peking Hof scheint geneigt, dem französischen Kabinet, soweit es irgend möglich ist, mit Zugeständnissen entgegenzukommen, und herrscht am Quai d'Orsay gleiche Mäßigung und Nachgiebigkeit, so wird sich die vor kurzem sehr nahegerückte Kriegsgefahr abwenden lassen.

Der Umstand, daß Frankreich sich dem Übereinkommen angeschlossen hat, welches zwischen Deutschland, England und andern beim Schutze europäischer Interessen in den chinesischen Hafenstädten beteiligten Mächten zustande gekommen ist, hat, wie zu erwarten war, einen günstigen Eindruck gemacht. Es würde für die französische Regierung nicht gut möglich gewesen sein, sich an einer solchen Konvention zu beteiligen, wenn sie ernstlich der Meinung wäre, sie werde bald in die Lage versetzt sein, sich als kriegsführende Macht im völkerrechtlichen Sinne des Wortes betrachten zu müssen. Denn wenn sie in diesem Falle sich der gedachten Übereinkunft anschloße, so würde sie sich von vornherein des Gebrauches der mächtigsten, wo nicht der einzig wirksamen Waffe berauben, zu dem sie die Stellung eines Kriegsführenden China gegenüber berechtigen würde. Auf die Waffen der Blockade, des Bombardements und der Flottenoperationen an den chinesischen Küsten überhaupt zu verzichten, wäre wohl der unwahrscheinlichste Schritt, den eine Seemacht thun würde, die erwartete, bald zu einer großen Maßregel in einem Seekriege gezwungen zu sein. Der Beitritt Frankreichs zu der betreffenden Konvention hieße bei solcher Erwartung ungefähr, sich die eine Hand auf den Rücken binden, und es ist schwerlich vorschnell geurteilt, wenn wir schließen, daß eine Macht, welche dies mit voller Überlegung thut, mit einer gewissen Zuversichtlichkeit sich darauf verlassen muß, ihre Ziele zuletzt ohne Kampf erreichen zu können. Jener Schritt ist infolge dessen als eine Art völkerrechtlicher Bürgschaft betrachtet worden, daß der Krieg, wenn er dennoch ausbrechen sollte, sich auf das Gebiet von Tonkin beschränken werde, und das bedeutet ungefähr, daß wir sicher sind, es werde überhaupt zu keinem Kriege im strengen Wortsinne zwischen China und Frankreich kommen. Denn „ein auf Tonkin beschränkter Krieg“ schließt nicht notwendig eine ernstere Störung der

internationalen Beziehungen und eine größere Gefahr für die europäischen Interessen in Ostasien ein, als der „auf Annam beschränkte Krieg,“ den Frankreich bisher schon Monate lang geführt hat.



Fortschritte der sozialpolitischen Debatte.

2.



in kurzer Blick auf die „Haider Thesen“ genügt, um den ultramontanen Vorwurf, daß in ihnen die Rechte der Kirche verleugnet würden, und zwar auf Kosten der staatlichen Allmacht, zu widerlegen. Merkwürdigerweise behandeln diese Thesen, wie schon bemerkt, eigentlich nur eine der vom Fürsten Löwenstein auf dem katholischen Kongreß angeregten Fragen; sie beschränken sich auf die Arbeiterfrage (welche doch, im weiteren Sinne wenigstens, auch die Handwerkerfrage umfaßt), und die Wucherfrage blieb ganz beiseite — wir fürchten fast, um ja nach keiner Seite hin Hörner oder Zähne zu zeigen. Ohne Zweifel hat man erkannt, daß man mit Berührung dieser Frage sich alsbald im Fahrwasser des Antisemitismus befunden haben würde; und gegen dergleichen ertönten ja nicht bloß auf dem Frankfurter Kongresse aus dem ultramontanen Lager ernsthafte Verwahrungen. Wenn man übrigens weiß, daß der zweite Direktor einer Hypothekbank (der Dr. Steinle aus Frankfurt, der sich gern „von“ Steinle nennt) bei den Haider Beschlüssen mitgewirkt hat, nachdem er bereits vorher mehrfach Verwahrung gegen die Annahme antisemitischer Tendenzen innerhalb der ultramontanen Kreise eingelegt hatte, so kann man sich nicht mehr verwundern, daß die Wucherfrage auch von der Versammlung in Haid mit großer Behutsamkeit umgangen wurde. Was dagegen die Grundentlastungs- oder die Agrarfrage anlangt, so ist sie auf einer spätern Versammlung in Salzburg erörtert worden und hat ebenso zur Aufstellung von Thesen geführt. Lassen sich aber in den Haider Thesen, wenn auch im dunkeln Hintergrunde und fast ganz verwischt, die Anschauungen des Pater Weiß, des Verfassers der Apologie des Christentums, erkennen, so treten in den Salzburger Thesen schon klarer die agrarischen Anschauungen des Redakteurs Jäger in Speyer zu Tage, wie er sie in seiner „Agrarfrage der Gegenwart“ zum Ausdruck brachte.

Diese beiden Thesenreihen bilden also den Angelpunkt des sozialwirtschaftlichen und sozialpolitischen Programms, das nun nach der Meinung ihrer Ur-